

SPD-Fraktion im Bezirksrat Mitte der Landeshauptstadt Hannover

An den
Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk Mitte
Michael Sandow o.V.i.A.

über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

14.09.2015

Änderungsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover zur DS 15-1867/2015
in die nächste Sitzung des Bezirksrates
Sozialwohnungen und Kinderbetreuung Sodenstraße 3

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der o.a. Drucksache wird mit der Maßgabe folgender Änderung zugestimmt:

1. bei der Aufstellung des Bebauungsplanes und der Anfertigung des Durchführungsvertrages wird sichergestellt, dass 9 der geplanten Wohneinheiten ~~ohne weitere staatliche Förderung~~ als Mietwohnungen zu Netto-Kaltmieten auf dem Niveau des öffentlich geförderten Wohnungsbaus angeboten werden, 6 davon in Höhe der Eingangsmiete, 3 davon Wohnungen für mittlere Einkommen;

2. im Rahmen des Durchführungsvertrages wird auf Kosten des Vorhabenträgers eine Krippe/Kindertagesstätte ~~in dem Gebäudekomplex~~ eingerichtet bzw. der Vorhabenträger ~~an den Kosten~~ zur Schaffung bedarfsentsprechender Plätze an ~~anderer~~ Stelle in der näheren Umgebung beteiligt;

3. Eine Förderung nach den Wohnungsbauförderungsrichtlichen soll vorgesehen werden.

2. Der Vorhabenträger wird im Rahmen des Durchführungsvertrages dazu verpflichtet, auf der Erdgeschossfläche die baulichen Voraussetzungen zur Schaffung einer Krippe/Kindertagesstätte zu schaffen und die baulichen Kosten entsprechend zu tragen/zu lassen.

Begründung: Eine sozial ausgeglichene, gesunde und integrative Stadtentwicklung setzt nicht nur voraus, dass Menschen von unterschiedlicher sozialer Herkunft und mit einem unterschiedlichen

sozialen Hintergrund innerhalb der Stadtteile miteinander leben, sich austauschen und miteinander auskommen, sondern auch, dass nach Möglichkeit innerhalb von Wohngebäuden eine entsprechende gesellschaftliche Bandbreite vertreten ist.

Auch im Bereich des neuen Wohngebäudes in der Sodenstraße gehören Investition und Verantwortung zusammen.

Dass die Investoren die Schaffung von ausschließlich hochwertigen großen Wohneinheiten vorsehen, liegt in deren nachvollziehbaren wirtschaftlichen Interesse.

Das öffentliche Interesse im Sinne einer zukunftsweisenden Stadtentwicklung in sozialem Frieden ist jedoch höher zu gewichten als das Renditeinteresse der Investoren. Von daher sind zumindest 9 der geplanten Wohneinheiten zu bezahlbaren Preisen anzubieten, ohne dass eine staatliche Förderung zur Bedingung gemacht wird. Ferner ist die soziale Infrastruktur zu gewährleisten.

Eine bedarfsdeckende Kinderbetreuung besteht in diesem Teil der Oststadt weder für Kinder im Krippenalter noch im Kindergartenalter. Eine Bedarfsdeckung im Bestand ist daher nicht möglich, weitere Kinderbetreuungsplätze sind bei steigendem Bedarf zwingend erforderlich.



Hülya Demir
Fraktionsvorsitzende